

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Bismarckstraße 4.  
Sprechstunden der Redaction  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 5-6 Uhr.

Wer die Abgabe einzelner Blätter macht ist zu Revisionen nicht verbunden.

Kann man die für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr. In den Filialen für Inf.-Anzeigen: Otto Klemm's Contin. (Kleber's Hof), Unterföhrstraße 1, Louis Ullrich, Rathenowstr. 14, part. und Ringplatz 7, nur bis 1/2 5 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementpreis

vierteljährlich 4 1/2 M.,  
in W.-Leipzig, incl. Frachtlohn 5 M., durch  
die Post bezogen 6 M., Einzelne Nr. 20 Pf.  
Belegblätter für Extrablätter  
(in Tagesblatt-Format) gratis  
ohne Postlieferung 60 Pf.,  
mit Postlieferung 70 Pf.

Inserate 6 gespaltene Zeilen 20 Pf.  
Größere Schriften laut und Veranschaulichung,  
Tafelbilder u. dergleichen nach deren Art.

Reklamen

unter dem Redactionsschild bis 6 Spalten,  
jeile 50 Pf., vorher 50 Pf. in den Filialen  
die 6 Spaltenen jeile 40 Pf.  
Inserate sind stets an die Expedition zu  
senden. Rabatt wird nicht gegeben.  
Sollung pränumerando oder durch Post-  
nachnahme.

№ 82.

Montag den 23. März 1891.

85. Jahrgang.

### Bestellungen auf das zweite Quartal 1891 des Leipziger Tageblattes

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 8, gelangen lassen. Außerdem werden von sämtlichen hiesigen Zeitungsredactoren Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und von denselben für eigene Rechnung ausgeführt. Auswärtige Abonnenten wollen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt  
pro Quartal 2 Mark 50 Pfennige,  
inclusive Frachtlohn 5 Mark,  
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind ohne Postbeförderung 60 Mark, mit Postbeförderung incl. Postgebühren 70 Mark Beilegebühren unter Vorauszahlung zu vergüten. Ein Hinweis auf die Extra-Beilage erfolgt im redactionellen Theile gratis und umfasst 6 Zeilen. Wird derselbe von größerem Umfange gewünscht, sind für die weiteren Zeilen die gewöhnlichen Insertionsgebühren zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6 gespaltene Zeilen 20 Pfennige; für Reklamen aus Betribschrift unter dem Redactionsschild die 4 gespaltene Zeile 50 Pfennige, vor den Familiennachrichten die 6 gespaltene Zeile 40 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unferm Preisverzeichnis, tabellarischer und Biffer-Say dagegen nach höherem Tarif berechnet. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachnahme.  
NB. Inserate wolle man nur an die Expedition (nicht Redaction) adressiren.

Das Tageblatt wird früh 6 1/2 Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Es giebt ein anschauliches Bild von allem Wissenswerthen auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens und behandelt die Tagesfragen der inneren und äußeren Politik in populären Artikeln mit größter Ausführlichkeit. Das Tageblatt berichtet über die localen und sächsischen Angelegenheiten in eingehender Weise und referirt über Theater, Musik, Literatur, Kunst und Wissenschaft. Die Verhandlungen des Reichstages und des sächsischen Landtages erscheinen bereits am Morgen nach der Sitzung in ausführlichen Originalberichten. Wir eröffnen das neue Quartal mit einem größeren Roman aus der Feder der beliebten Schriftstellerin Fanny Klind-Sättersburg.

Mit seiner „Volkswirtschaftlichen Beilage“ bildet das Leipziger Tageblatt zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämtliche wichtige deutsche und überseische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen Gewinnlisten aller Classen der Königlich Sächsischen Landes-Lotterie und die Nummer-Verzeichnisse der ausgelosten Königlich Sächsischen Staatslotterien, sowie die Nummern von Serien und Hauptgewinnen der verschiedenen Prämienlose.

Leipzig, im März 1891.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Die Ausführung von Hospitalarbeiten auf der in der Carl Landmann-Strasse zu erkennenden eisenen Brücke soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können beliebig eingesehen oder gegen Entschädigung der Gebühren im Betrage von 50 A., welche ebenfalls in Briefmarken einzulösen sind, entnommen werden.

Begleitende Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Hospitalarbeiten für die Brücke in der Carl Landmann-Strasse“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 6. April d. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämtliche Angebote abzulehnen.  
Leipzig, den 17. März 1891.  
In. 1285.

Des Rathes der Stadt Leipzig  
Straßenbau-Deputation.

#### Concursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Max Clemens Müllig zu Zeitzberg ist heute am 21. März 1891, Nachmittags 3 Uhr 15 Minuten das Concursverfahren eröffnet.

Der Rechts-Anwalt Herder zu Zeitzberg wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 30. Mai 1891 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschließung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigers-Ausschusses und einmündigen Fonds über die in §. 130 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände -- auf  
den 15. April 1891, Vormittags 10 Uhr  
-- und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
den 8. Juni 1891, Vormittags 10 Uhr  
-- vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.

Allen Creditoren, welche eine zur Concursmasse gehörige Forderung in Bezug haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nicht an den Concursverwalter zu verfahren, sondern die Befriedigung anzusetzen, von dem Verwalter der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeben werden Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 18. April 1891 Anzeige zu machen.

Zeitzberg, den 21. März 1891.  
Der Gerichtsvorsteher des Königlich Amtsgerichts.  
Klempner.

#### Versteigerung.

Mittwoch, den 25. März, Vorm. 9 Uhr, werden im Hofgebäude am Hauptplatz (Gang) 32. Nr. 116) vertheilte und ungetheilte Pflanzungen entnommen, sowie in Pflanzungen u. s. m. angelegene Gegenstände, u. s. m. die Wohnung, Regenschirme, Spazierstöcke, Gläser, Schüsseln, Porzellan, 2 Tafeldecken u. s. m. gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert. Nach Nummer 40 durch Ermächtigung der Richter an einem Holzgebäude vertheilte geordnete alte Dreher zum Verkauf.

Leipzig, 19. März 1891.  
Der Kaiserliche Ober-Vollzieher.  
Walter.

### Bekanntmachung.

Die Ausführung des Auftrages der in der Carl Landmann-Strasse zu erkennenden eisenen Brücke soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können beliebig eingesehen oder gegen Entschädigung der Gebühren im Betrage von 50 A., welche ebenfalls in Briefmarken einzulösen sind, entnommen werden.

Begleitende Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Hospitalarbeiten für die Brücke in der Carl Landmann-Strasse“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 6. April dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämtliche Angebote abzulehnen.  
Leipzig, den 17. März 1891.  
In. 1285.

Des Rathes der Stadt Leipzig  
Straßenbau-Deputation.

### Bekanntmachung.

Die Herstellung der Granitarbeiten für die Brücke auf der Brücke in der Carl Landmann-Strasse soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können beliebig eingesehen oder gegen Entschädigung der Gebühren im Betrage von 50 A., welche ebenfalls in Briefmarken einzulösen sind, entnommen werden.

Begleitende Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Granitarbeiten für die Brücke der Brücke in der Carl Landmann-Strasse“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 6. April d. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämtliche Angebote abzulehnen.  
Leipzig, den 17. März 1891.  
In. 1285.

Des Rathes der Stadt Leipzig  
Straßenbau-Deputation.

### Wohnungsvermittlung.

Die in 2. und 3. Stockwerk des Hintergebäudes des der Stadtkommune Leipzig gehörigen Grundstücks Unterföhrstraße Nr. 22 gelegenen beiden kleinen Wohnungen sind vom 1. April d. J. an gegen einmündige Kündigung anderweit zu vermieten.

Wohnungsbewerber werden auf dem Rathhaus, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegenzunehmen.  
Leipzig, den 21. März 1891.  
In. 9138.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Wagner.

### Wohnungsvermittlung.

In dem der Stadtkommune gehörigen Grundstücke Nubertstraße Nr. 49 in Leipzig-Altstadt ist die in der 1. Etage befindliche Wohnung vom 1. April d. J. an gegen einmündige Kündigung anderweit zu vermieten.

Wohnungsbewerber werden auf dem Rathhaus hier, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegenzunehmen, wozu auch sonst etwa anzufragende Auskunft ertheilt wird.  
Leipzig, am 21. März 1891.  
In. 627.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Wagner.

### Bekanntmachung.

Die Herstellung der Hospitalarbeiten im Auftrage an die Brücke in der Carl Landmann-Strasse soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können beliebig eingesehen oder gegen Entschädigung der Gebühren im Betrage von 50 A., welche ebenfalls in Briefmarken einzulösen sind, entnommen werden.

Begleitende Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Hospitalarbeiten für die Brücke in der Carl Landmann-Strasse“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 6. April d. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämtliche Angebote abzulehnen.  
Leipzig, den 17. März 1891.  
In. 1285.

Des Rathes der Stadt Leipzig  
Straßenbau-Deputation.

### Leipzig, 23. März.

Wie die „Berl. Polit. Nachr.“ erfahren, war der Besuch, mit welchem heute Vormittag 9 Uhr Sr. Majestät der Kaiser des Reichspräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister v. Bötticher, und dessen Gemahlin bediente, ein völlig unerwarteter. Der Kaiser verweilte bei dem Minister ungefähr eine Stunde. Bald nachher stattete auch der Reichskanzler v. Caprivi Herrn v. Bötticher einen Besuch ab.

Der Bundesrath dürfte etwa um die Mitte der nächsten Woche die übliche Osterpause in seinen Verhandlungen einstellen lassen. Vorher wird wahrscheinlich noch eine Finanzkommission stattfinden.

Herr v. Bismarck wurde zum Abgeordneten des Bundesraths Kreistags gewählt.

Der Abg. Graf v. Spreti ist in der vorigen Woche bei Sr. Majestät dem Kaiser in Wien in Privatbesuch auf längere Zeit zum Besuch gewesen. Voraussichtlich soll nach dem „Volk“ die Kandidatenliste der Abgeordneten von Spreti in Wien gebildet werden. Der Abg. Dr. Buhl hat am Mittwoch auf der Durchreise nach Hamburg in Privatbesuch des Reichspräsidenten begriffen. Er hat, der „V. B. Z.“ zufolge, bei dieser Gelegenheit die Reichstagskandidatur in Österreich mit dem Kaiser unter den verschiedenen Gesichtspunkten erörtert, und man begreift die Erwartung einer beinahe bestimmten Erklärung des Kaisers über die Kandidatur.

Herr v. Bismarck's Geburtstag wird in der Welt in den verschiedensten Städten und Dörfern festlich begangen werden. In Berlin und Potsdam sind der Feier durch Ausrufung eines Programms bereits näher getreten. Ueber die Gedenke, welche Reichstags-Redner des Reichstages diesem zu seinem Gedächtnis zu überreichen gedenken, wurde bereits kurz berichtet. Heute kann hinzugefügt werden, daß eine Abordnung von drei Herren jene zu überbringen gedenkt, wobei der rein private Charakter der Angelegenheit bewahrt bleiben wird. Die Gedenkreden bestehen aus einem silbernen Vocal und einem mit bestem Reichthum geschmückten Gedicht, dessen Vorderside mit kunstvoll gearbeiteter Holzschneiderei geschmückt ist. Der Vocal, ungefähr 50 Centimeter hoch, ist von herrlicher getriebener Silberarbeit. Der Dettel wird durch ein Bild der auf dem Reichstags-Tempel stehenden Germania gebildet. Vier Halbfiguren schließen die Rundung des Vocals, welche in getriebener Schrift die Widmung trägt, nach unten ab. Nebenfiguren in leiblicher Fülle und kunstvoller Arbeit schmücken den dreieckigen Fuß. Das Ganze ruht auf einer ovalen Silberplatte, auf deren Rückseite eine Ansicht von Potsdam und Umgebung eingraviert ist.

In den neuesten Darstellungen über die Weltangelegenheit des Herrn v. Bötticher bemerkt die „Post-Zeit.“: Gleichwohl wird man nicht annehmen können, daß durch derartige Mittheilungen die Stellung des Herrn v. Bötticher herabgesetzt werde. Ueberhaupt wäre der Vorgang, wenn das Geld aus der Privatbank des Kaisers entnommen wäre, so lange aber nicht bestimmt bestritten wird, daß es sich um die Entnahme und dem zu solchen Zwecken gelegentlich bestimmten Reichthums handelt, wird die öffentliche Meinung mit Recht ernstlich benachteiligt sein. Ob es angemessen gewesen wäre, die Summe dem allgemeinen Dispositionsfonds zu Grunde zu verzeichnen zu lassen, mag verchiedener Beurtheilung unterliegen. Jedenfalls bedarf der persönliche Reichthum des Herrn v. Bötticher nicht, wenn man nach der jetzt vorliegenden Mittheilung nicht glauben, daß der Reichstag eine Beschuldigung dieses Hales unterstellen werde.

Finanzminister Riquel, der seit mehreren Tagen sehr erkrankt ist, hatte sich trotz der dringenden Vorstellungen seines Krates nicht verheeren lassen, den letzten Verhandlungen im Abgeordneten- und Herrenhaus persönlich beizuwohnen. Seine Erkrankung hat sich dadurch so sehr verschlimmert, daß er jetzt erkrankt ist, das Haus zu hüten. Es ist zu hoffen, daß er in einigen Tagen wieder hergestellt sein wird.

Wie aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt Graf Rehbilg, daß Schulgesetz nicht zurückzugeben, sondern nur für die nächste Session zurückzugeben. Damit würde mit oder ohne ausdrückliche Erklärung ausgesprochen sein, daß der neue Minister auf dem Boden der Verträge steht. Ob die letztere von ihm völlig unerwartet aufrecht erhalten werden wird, ist eine heute wohl kaum mit Sicherheit zu beantwortende Frage; der „Pannervertheiliger“ der allerdings „mit Bestimmtheit erwartet, daß in der nächsten Session ein neuer Entwurf vorgelegt werden wird, welcher einer Reihe von begründeten Ausstellungen gerecht werden dürfte“, weist namentlich auf die seitens der Gemeinden erhebenen Bedenken hin und nimmt gleichzeitig an, daß an eine Berücksichtigung der Wünsche des Centrums nicht zu denken sei, die trotz Bismarck in der Commission nicht hätten durchdringen können und die in Zukunft nicht weniger auf eine Majorität zu rechnen haben würden. Die Folgen des zweiten Oesterreichischen Krieges dürften jeden Centralminister abbrechen, ein Beschluß der nach dem Herge des Centrums einzutreten, und man darf deshalb auch in der Vertheilung der Verträge für diese Session kein Zugeständnis an das Centrum erlösen. Das ist allerdings sehr gut und verständlich gemeint, aber es dürfte sich auch in politischen Dingen empfehlen, den Tag nicht vor dem Abend zu loben.

Das „Deutsche Tageblatt“, gegen welches sich bekanntlich der Kurzer eine Kundgebung der „Conf. Corr.“ richtete, als es in anderen Besitz übergegangen war, wird, wie das Blatt selbst bekannt macht, am 1. April zu erscheinen aufhören. Die Verleger werden, von nun an in der „Neuen Preussischen (Kriegs-) Zeitung“ die „Organ“ zu erlösen, ihre Vertrauen auf dieselbe zu übertragen. Das „Deutsche Tageblatt“ hofft übrigens, es werde nicht ganz erlöschen, sondern seine Thätigkeit in anderer Form wieder aufnehmen; es soll wieder erscheinen als ein kleines, populäres, zur Massenverbreitung bestimmtes Blatt, welches sich die Befreiung der socialdemokratischen Wähler auf dem platten Lande zur Aufgabe stellt.

In den Berichterstattungen über die Zukunft der Centrumpartei wird gewöhnlich die Frage in den Vordergrund gestellt, ob man nach dem Tod des Abgeordneten Bismarck ein Auseinanderfallen dieses Parteienbundes zu erwarten habe. Unserer Erwartung ist indes dies nicht der Punkt, auf den es zunächst ankommt. Ueber die Zukunft der Partei ist in der Zukunft niemand im Zweifel, und es kann deshalb auch die Möglichkeit einer Auflösung nicht in Betracht kommen; aber für eine nahe Zukunft ist dieselbe nicht in Rechnung zu ziehen. Die Partei, welche das Centrum zusammengefaßt hat, das Interesse der katholischen Kirche, behält fort und wird noch auf lange hinaus ihre einigende Wirkung üben. Das Interesse der katholischen Kirche ist, minder intensiv erloschen, aber die Organe der Kirche, welche in den die Grundlage der Centrumpartei bildenden Volkselemente die Mehrheit beherrschen, werden es immer noch zu erhalten wissen. Hat doch selbst ein dem politischen Ultramontanismus so wenig sympathischer Mann, wie Fürstbischof Kopp, es für angemessen gehalten, in der Reichsversammlung auf Bismarck die Reichstagskandidatur des Reichstages der Centrumpartei zum Nutzen der Kirche auf das eindringlichste zu betonen! Bei einer derartigen Entscheidung der kirchlichen Organe wird das Centrum sicherlich noch auf lange hinaus in allen Angelegenheiten, wo kirchliche Interessen ins Spiel kommen, als schicksalhafte Potenz zusammenstehen. Worauf es jetzt zunächst ankommt, ist die andere Frage, wie sich das Centrum in Zukunft auf nicht-kirchlichem Gebiete stellen wird. Wenn die Partei im gegenwärtigen Reichstage wiederholt ihre politische Beranlagung verlegt und dadurch den ungestörten Fortgang der Reichsmaschine ermöglicht hat, so war das ganz unbestreitbar Bismarck's Verdienst. Ob es nach ihm irgend einen anderen geben wird, die weiterverbleibenden Elemente, die sich an dem Reichstagsamt in der Reichstagsversammlung, muß auf das nächste beschränkt werden. In der auf diese Weise sich öffnenden Perspektive liegt recht eigentlich die politische Bedeutung von Bismarck's Auscheiden. Die Aussicht, daß es mit dem Anticentral-Reichstag auch in Zukunft ohne heftigere Konflikte abgehen werde, erscheint erheblich gemindert.

Der gefühlvollere Ausblick der Carl Peters-Stiftung hielt am Donnerstag Abend in Berlin eine Sitzung ab, welcher Dr. Peters selbst bewohnte. Demselben war unmittelbar vorher vom Reichskanzleramt sein vom Kaiser eigenhändig unterzeichnetes Patent als „Deutscher Reichskommissar für Afrika zur Verfügung des Gouverneurs Herrn v. Cöden“ zugestellt worden. In erster Linie stand die Frage zur Verhandlung, in welcher Weise das Patent, aus dem Willen der Stiftung einen Dampfer, der auf den Namen „Carl Peters“ getauft werden wird, für den Victoria-Nachschiff zu beschaffen, am geeignetsten zur Ausführung gelangen könne. Ein endgültiger Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Dem früheren Reichstagsabgeordneten Ley ist in deutsch-freiwiliger Wählern vorgeschrieben worden, daß er bei der nächsten Stichwahl in Sonnenberg gegen den deutsch-freiwiligen Candidaten gestellt habe. Herr Ley erklärt nun eine Erklärung, worin er sagt:

„Nach dem Tode des Herrn Dr. Borch in Wohlthätigen Missionen II, nach dem Austritt der Herren Wirth und Quamann -- unter Anderem nur -- hier in Thüringen, wird es ein immer schwieriger, von den beiden Lebens, Freiheit und Socialdemokratie, das immer herauszufinden. Der Herr Borch hat hier die Socialdemokratie zum guten Theile getroffen und nicht zu weichen. Ich lange jedoch an, den ersten Kampf mit der Socialdemokratie voranzutreiben, er ist möglichst glatt. Durch den Herr Borch kann es länger, bis wir zur Entscheidung kommen. Die Wahlen, die wir jetzt führen, genügen für den Kampf, der Freiheit Kampf ist und bloß ob, deshalb lieber losen gegen den, wenn man einmal unermüdbar feind! Ich habe es, aus diesen und anderen Gründen, für unsere heiligen Verhältnisse als unbedingt erachtet, nochmals für den Herrn einzutreten. Meiner persönlichen Ueberzeugung und meinem persönlichen Wunsche nach war in Thüringen II, soweit nur die heiligen Verhältnisse zur Entscheidung kamen, dem Herrn gegenüber Bismarck's Haltung die allein richtige gewesen. Ich bin auch nicht zu einer anderen Ueberzeugung gelangt, sondern ich habe mich dem von Herrn Borch geäußerten Wunsche in allen Parteiverhandlungen angeschlossen. Ich bin dem Wunsche nach die Bismarck'sche in Sonnenberg durch einen dort geschickten noch verlässlichen Mann, es bei den Verhandlungen zu helfen und geschickten für Herrn Dr. Borch einzutreten. Daher ist es mir, um alle Zweifel zu heben, auch nach durch eine öffentliche Erklärung dem Parteivorstande an. Ich gebe zu, daß mir dies sehr leicht gefallen ist. Diese Bemerkungen gebe ich nur für meine sehr verehrten Herren Parteifreunde. Dem Herrn, der in Thüringen von Wohlthätigen gegen das Carl und für die Socialdemokratie auftritt, dem Herrn, der 11 oder 12 Socialdemokraten in den Reichstag läßt, diesen Herrn da auch eine weitere Erklärung zu geben, lege ich mich nicht veranlaßt.“

Ueber die Verhandlungen wegen der Majoritätsbildung im österreichischen Abgeordnetenhause schreibt die „Neue Freie Presse“: Der Herr Minister-Präsident Graf Taaffe ist nach Ulm in Schwaben zur Laute seines Entschlusses abgereist, und daraus ergibt sich von selbst, daß die Verhandlungen, betreffend die künftige Majorität des Abgeordnetenhauses, für die nächsten Tage ruhen müssen. Dagegen hat sich Graf Taaffe vorbehalten, die Rückkehr der Laute erst dann wieder zu einer Conference einzuladen, bis er mit den Polen Fühlung genommen haben wird, und nach dem neuesten Nachrichten soll dies erst nach Ulm geschehen, denn die oft angekündigte Ankunft des Herrn v. Jancovsk in Wien soll erst nach Ulm zu erwarten sein. Inzwischen fahren die Wähler, namentlich die polnischen und ruffischen, fort, die Lage zu besprechen und sich in Combinationen über die künftige parlamentarische Verfassung zu ergötzen.

Der Geschichte der angeblichen Verletzung des Prinzen Jerome Napoleon wird gewidelt: Der russische Botschafter der „Tobolsk“ bei aus dem Wunde des Cardinals Karmiloff hätte folgende Darstellung seiner Unterredung mit dem Prinzen Napoleon erhalten, die der Cardinal für eine Fälschung ausgab. Karmiloff sagte: „Sie wissen,

richtete, als es in anderen Besitz übergegangen war, wird, wie das Blatt selbst bekannt macht, am 1. April zu erscheinen aufhören. Die Verleger werden, von nun an in der „Neuen Preussischen (Kriegs-) Zeitung“ die „Organ“ zu erlösen, ihre Vertrauen auf dieselbe zu übertragen. Das „Deutsche Tageblatt“ hofft übrigens, es werde nicht ganz erlöschen, sondern seine Thätigkeit in anderer Form wieder aufnehmen; es soll wieder erscheinen als ein kleines, populäres, zur Massenverbreitung bestimmtes Blatt, welches sich die Befreiung der socialdemokratischen Wähler auf dem platten Lande zur Aufgabe stellt.

In den Berichterstattungen über die Zukunft der Centrumpartei wird gewöhnlich die Frage in den Vordergrund gestellt, ob man nach dem Tod des Abgeordneten Bismarck ein Auseinanderfallen dieses Parteienbundes zu erwarten habe. Unserer Erwartung ist indes dies nicht der Punkt, auf den es zunächst ankommt. Ueber die Zukunft der Partei ist in der Zukunft niemand im Zweifel, und es kann deshalb auch die Möglichkeit einer Auflösung nicht in Betracht kommen; aber für eine nahe Zukunft ist dieselbe nicht in Rechnung zu ziehen. Die Partei, welche das Centrum zusammengefaßt hat, das Interesse der katholischen Kirche, behält fort und wird noch auf lange hinaus ihre einigende Wirkung üben. Das Interesse der katholischen Kirche ist, minder intensiv erloschen, aber die Organe der Kirche, welche in den die Grundlage der Centrumpartei bildenden Volkselemente die Mehrheit beherrschen, werden es immer noch zu erhalten wissen. Hat doch selbst ein dem politischen Ultramontanismus so wenig sympathischer Mann, wie Fürstbischof Kopp, es für angemessen gehalten, in der Reichsversammlung auf Bismarck die Reichstagskandidatur des Reichstages der Centrumpartei zum Nutzen der Kirche auf das eindringlichste zu betonen! Bei einer derartigen Entscheidung der kirchlichen Organe wird das Centrum sicherlich noch auf lange hinaus in allen Angelegenheiten, wo kirchliche Interessen ins Spiel kommen, als schicksalhafte Potenz zusammenstehen. Worauf es jetzt zunächst ankommt, ist die andere Frage, wie sich das Centrum in Zukunft auf nicht-kirchlichem Gebiete stellen wird. Wenn die Partei im gegenwärtigen Reichstage wiederholt ihre politische Beranlagung verlegt und dadurch den ungestörten Fortgang der Reichsmaschine ermöglicht hat, so war das ganz unbestreitbar Bismarck's Verdienst. Ob es nach ihm irgend einen anderen geben wird, die weiterverbleibenden Elemente, die sich an dem Reichstagsamt in der Reichstagsversammlung, muß auf das nächste beschränkt werden. In der auf diese Weise sich öffnenden Perspektive liegt recht eigentlich die politische Bedeutung von Bismarck's Auscheiden. Die Aussicht, daß es mit dem Anticentral-Reichstag auch in Zukunft ohne heftigere Konflikte abgehen werde, erscheint erheblich gemindert.

Der gefühlvollere Ausblick der Carl Peters-Stiftung hielt am Donnerstag Abend in Berlin eine Sitzung ab, welcher Dr. Peters selbst bewohnte. Demselben war unmittelbar vorher vom Reichskanzleramt sein vom Kaiser eigenhändig unterzeichnetes Patent als „Deutscher Reichskommissar für Afrika zur Verfügung des Gouverneurs Herrn v. Cöden“ zugestellt worden. In erster Linie stand die Frage zur Verhandlung, in welcher Weise das Patent, aus dem Willen der Stiftung einen Dampfer, der auf den Namen „Carl Peters“ getauft werden wird, für den Victoria-Nachschiff zu beschaffen, am geeignetsten zur Ausführung gelangen könne. Ein endgültiger Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Dem früheren Reichstagsabgeordneten Ley ist in deutsch-freiwiliger Wählern vorgeschrieben worden, daß er bei der nächsten Stichwahl in Sonnenberg gegen den deutsch-freiwiligen Candidaten gestellt habe. Herr Ley erklärt nun eine Erklärung, worin er sagt:

„Nach dem Tode des Herrn Dr. Borch in Wohlthätigen Missionen II, nach dem Austritt der Herren Wirth und Quamann -- unter Anderem nur -- hier in Thüringen, wird es ein immer schwieriger, von den beiden Lebens, Freiheit und Socialdemokratie, das immer herauszufinden. Der Herr Borch hat hier die Socialdemokratie zum guten Theile getroffen und nicht zu weichen. Ich lange jedoch an, den ersten Kampf mit der Socialdemokratie voranzutreiben, er ist möglichst glatt. Durch den Herr Borch kann es länger, bis wir zur Entscheidung kommen. Die Wahlen, die wir jetzt führen, genügen für den Kampf, der Freiheit Kampf ist und bloß ob, deshalb lieber losen gegen den, wenn man einmal unermüdbar feind! Ich habe es, aus diesen und anderen Gründen, für unsere heiligen Verhältnisse als unbedingt erachtet, nochmals für den Herrn einzutreten. Meiner persönlichen Ueberzeugung und meinem persönlichen Wunsche nach war in Thüringen II, soweit nur die heiligen Verhältnisse zur Entscheidung kamen, dem Herrn gegenüber Bismarck's Haltung die allein richtige gewesen. Ich bin auch nicht zu einer anderen Ueberzeugung gelangt, sondern ich habe mich dem von Herrn Borch geäußerten Wunsche in allen Parteiverhandlungen angeschlossen. Ich bin dem Wunsche nach die Bismarck'sche in Sonnenberg durch einen dort geschickten noch verlässlichen Mann, es bei den Verhandlungen zu helfen und geschickten für Herrn Dr. Borch einzutreten. Daher ist es mir, um alle Zweifel zu heben, auch nach durch eine öffentliche Erklärung dem Parteivorstande an. Ich gebe zu, daß mir dies sehr leicht gefallen ist. Diese Bemerkungen gebe ich nur für meine sehr verehrten Herren Parteifreunde. Dem Herrn, der in Thüringen von Wohlthätigen gegen das Carl und für die Socialdemokratie auftritt, dem Herrn, der 11 oder 12 Socialdemokraten in den Reichstag läßt, diesen Herrn da auch eine weitere Erklärung zu geben, lege ich mich nicht veranlaßt.“

Ueber die Verhandlungen wegen der Majoritätsbildung im österreichischen Abgeordnetenhause schreibt die „Neue Freie Presse“: Der Herr Minister-Präsident Graf Taaffe ist nach Ulm in Schwaben zur Laute seines Entschlusses abgereist, und daraus ergibt sich von selbst, daß die Verhandlungen, betreffend die künftige Majorität des Abgeordnetenhauses, für die nächsten Tage ruhen müssen. Dagegen hat sich Graf Taaffe vorbehalten, die Rückkehr der Laute erst dann wieder zu einer Conference einzuladen, bis er mit den Polen Fühlung genommen haben wird, und nach dem neuesten Nachrichten soll dies erst nach Ulm geschehen, denn die oft angekündigte Ankunft des Herrn v. Jancovsk in Wien soll erst nach Ulm zu erwarten sein. Inzwischen fahren die Wähler, namentlich die polnischen und ruffischen, fort, die Lage zu besprechen und sich in Combinationen über die künftige parlamentarische Verfassung zu ergötzen.

Der Geschichte der angeblichen Verletzung des Prinzen Jerome Napoleon wird gewidelt: Der russische Botschafter der „Tobolsk“ bei aus dem Wunde des Cardinals Karmiloff hätte folgende Darstellung seiner Unterredung mit dem Prinzen Napoleon erhalten, die der Cardinal für eine Fälschung ausgab. Karmiloff sagte: „Sie wissen,

richtete, als es in anderen Besitz übergegangen war, wird, wie das Blatt selbst bekannt macht, am 1. April zu erscheinen aufhören. Die Verleger werden, von nun an in der „Neuen Preussischen (Kriegs-) Zeitung“ die „Organ“ zu erlösen, ihre Vertrauen auf dieselbe zu übertragen. Das „Deutsche Tageblatt“ hofft übrigens, es werde nicht ganz erlöschen, sondern seine Thätigkeit in anderer Form wieder aufnehmen; es soll wieder erscheinen als ein kleines, populäres, zur Massenverbreitung bestimmtes Blatt, welches sich die Befreiung der socialdemokratischen Wähler auf dem platten Lande zur Aufgabe stellt.

In den Berichterstattungen über die Zukunft der Centrumpartei wird gewöhnlich die Frage in den Vordergrund gestellt, ob man nach dem Tod des Abgeordneten Bismarck ein Auseinanderfallen dieses Parteienbundes zu erwarten habe. Unserer Erwartung ist indes dies nicht der Punkt, auf den es zunächst ankommt. Ueber die Zukunft der Partei ist in der Zukunft niemand im Zweifel, und es kann deshalb auch die Möglichkeit einer Auflösung nicht in Betracht kommen; aber für eine nahe Zukunft ist dieselbe nicht in Rechnung zu ziehen. Die Partei, welche das Centrum zusammengefaßt hat, das Interesse der katholischen Kirche, behält fort und wird noch auf lange hinaus ihre einigende Wirkung üben. Das Interesse der katholischen Kirche ist, minder intensiv erloschen, aber die Organe der Kirche, welche in den die Grundlage der Centrumpartei bildenden Volkselemente die Mehrheit beherrschen, werden es immer noch zu erhalten wissen. Hat doch selbst ein dem politischen Ultramontanismus so wenig sympathischer Mann, wie Fürstbischof Kopp, es für angemessen gehalten, in der Reichsversammlung auf Bismarck die Reichstagskandidatur des Reichstages der Centrumpartei zum Nutzen der Kirche auf das eindringlichste zu betonen! Bei einer derartigen Entscheidung der kirchlichen Organe wird das Centrum sicherlich noch auf lange hinaus in allen Angelegenheiten, wo kirchliche Interessen ins Spiel kommen, als schicksalhafte Potenz zusammenstehen. Worauf es jetzt zunächst ankommt, ist die andere Frage, wie sich das Centrum in Zukunft auf nicht-kirchlichem Gebiete stellen wird. Wenn die Partei im gegenwärtigen Reichstage wiederholt ihre politische Beranlagung verlegt und dadurch den ungestörten Fortgang der Reichsmaschine ermöglicht hat, so war das ganz unbestreitbar Bismarck's Verdienst. Ob es nach ihm irgend einen anderen geben wird, die weiterverbleibenden Elemente, die sich an dem Reichstagsamt in der Reichstagsversammlung, muß auf das nächste beschränkt werden. In der auf diese Weise sich öffnenden Perspektive liegt recht eigentlich die politische Bedeutung von Bismarck's Auscheiden. Die Aussicht, daß es mit dem Anticentral-Reichstag auch in Zukunft ohne heftigere Konflikte abgehen werde, erscheint erheblich gemindert.

Der gefühlvollere Ausblick der Carl Peters-Stiftung hielt am Donnerstag Abend in Berlin eine Sitzung ab, welcher Dr. Peters selbst bewohnte. Demselben war unmittelbar vorher vom Reichskanzleramt sein vom Kaiser eigenhändig unterzeichnetes Patent als „Deutscher Reichskommissar für Afrika zur Verfügung des Gouverneurs Herrn v. Cöden“ zugestellt worden. In erster Linie stand die Frage zur Verhandlung, in welcher Weise das Patent, aus dem Willen der Stiftung einen Dampfer, der auf den Namen „Carl Peters“ getauft werden wird, für den Victoria-Nachschiff zu beschaffen, am geeignetsten zur Ausführung gelangen könne. Ein endgültiger Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Dem früheren Reichstagsabgeordneten Ley ist in deutsch-freiwiliger Wählern vorgeschrieben worden, daß er bei der nächsten Stichwahl in Sonnenberg gegen den deutsch-freiwiligen Candidaten gestellt habe. Herr Ley erklärt nun eine Erklärung, worin er sagt:

„Nach dem Tode des Herrn Dr. Borch in Wohlthätigen Missionen II, nach dem Austritt der Herren Wirth und Quamann -- unter Anderem nur -- hier in Thüringen, wird es ein immer schwieriger, von den beiden Lebens, Freiheit und Socialdemokratie, das immer herauszufinden. Der Herr Borch hat hier die Socialdemokratie zum guten Theile getroffen und nicht zu weichen. Ich lange jedoch an, den ersten Kampf mit der Socialdemokratie voranzutreiben, er ist möglichst glatt. Durch den Herr Borch kann es länger, bis wir zur Entscheidung kommen. Die Wahlen, die wir jetzt führen, genügen für den Kampf, der Freiheit Kampf ist und bloß ob, deshalb lieber losen gegen den, wenn man einmal unermüdbar feind! Ich habe es, aus diesen und anderen Gründen, für unsere heiligen Verhältnisse als unbedingt erachtet, nochmals für den Herrn einzutreten. Meiner persönlichen Ueberzeugung und meinem persönlichen Wunsche nach war in Thüringen II, soweit nur die heiligen Verhältnisse zur Entscheidung kamen, dem Herrn gegenüber Bismarck's Haltung die allein richtige gewesen. Ich bin auch nicht zu einer anderen Ueberzeugung gelangt, sondern ich habe mich dem von Herrn Borch geäußerten Wunsche in allen Parteiverhandlungen angeschlossen. Ich bin dem Wunsche nach die Bismarck'sche in Sonnenberg durch einen dort geschickten noch verlässlichen Mann, es bei den Verhandlungen zu helfen und geschickten für Herrn Dr. Borch einzutreten. Daher ist es mir, um alle Zweifel zu heben, auch nach durch eine öffentliche Erklärung dem Parteivorstande an. Ich gebe zu, daß mir dies sehr leicht gefallen ist. Diese Bemerkungen gebe ich nur für meine sehr verehrten Herren Parteifreunde. Dem Herrn, der in Thüringen von Wohlthätigen gegen das Carl und für die Socialdemokratie auftritt, dem Herrn, der 11 oder 12 Socialdemokraten in den Reichstag läßt, diesen Herrn da auch eine weitere Erklärung zu geben, lege ich mich nicht veranlaßt.“

Ueber die Verhandlungen wegen der Majoritätsbildung im österreichischen Abgeordnetenhause schreibt die „Neue Freie Presse“: Der Herr Minister-Präsident Graf Taaffe ist nach Ulm in Schwaben zur Laute seines Entschlusses abgereist, und daraus ergibt sich von selbst, daß die Verhandlungen, betreffend die künftige Majorität des Abgeordnetenhauses, für die nächsten Tage ruhen müssen. Dagegen hat sich Graf Taaffe vorbehalten, die Rückkehr der Laute erst dann wieder zu einer Conference einzuladen, bis er mit den Polen Fühlung genommen haben wird, und nach dem neuesten Nachrichten soll dies erst nach Ulm geschehen, denn die oft angekündigte Ankunft des Herrn v. Jancovsk in Wien soll erst nach Ulm zu erwarten sein. Inzwischen fahren die Wähler, namentlich die polnischen und ruffischen, fort, die Lage zu besprechen und sich in Combinationen über die künftige parlamentarische Verfassung zu ergötzen.

Der Geschichte der angeblichen Verletzung des Prinzen Jerome Napoleon wird gewidelt: Der russische Botschafter der „Tobolsk“ bei aus dem Wunde des Cardinals Karmiloff hätte folgende Darstellung seiner Unterredung mit dem Prinzen Napoleon erhalten, die der Cardinal für eine Fälschung ausgab. Karmiloff sagte: „Sie wissen,

richtete, als es in anderen Besitz übergegangen war, wird, wie das Blatt selbst bekannt macht, am 1. April zu erscheinen aufhören. Die Verleger werden, von nun an in der „Neuen Preussischen (Kriegs-) Zeitung“ die „Organ“ zu erlösen, ihre Vertrauen auf dieselbe zu übertragen. Das „Deutsche Tageblatt“ hofft übrigens, es werde nicht ganz erlöschen, sondern seine Thätigkeit in anderer Form wieder aufnehmen; es soll wieder erscheinen als ein kleines, populäres, zur Massenverbreitung bestimmtes Blatt, welches sich die Befreiung der socialdemokratischen Wähler auf dem platten Lande zur Aufgabe stellt.

In den Berichterstattungen über die Zukunft der Centrumpartei wird gewöhnlich die Frage in den Vordergrund gestellt, ob man nach dem Tod des Abgeordneten Bismarck ein Auseinanderfallen dieses Parteienbundes zu erwarten habe. Unserer Erwartung ist indes dies nicht der Punkt, auf den es zunächst ankommt. Ueber die Zukunft der Partei ist in der Zukunft niemand im Zweifel, und es kann deshalb auch die Möglichkeit einer Auflösung nicht